LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/21367**

10.09.2026

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 8475 vom 27. Juli 2026
des Abgeordneten Ralf Witzel FDP
Drucksache 18/20676

Neues Misstrauensgesetz der Landesregierung zulasten der eigenen Beschäftigten – Wie stark leidet die Attraktivität des Öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen unter der Debatte über das Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG)?

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Der Öffentliche Dienst ist das Rückgrat der staatlichen Handlungsfähigkeit in Nordrhein-Westfalen. Die Gewährleistung von Sicherheit im öffentlichen Raum, von einem modernen Bildungswesen sowie von einem schlagkräftigen Rechtsstaat setzt zwingend voraus, dass die Landesverwaltung personell in qualitativer und quantitativer Hinsicht angemessen ausgestattet ist. Gleichwohl besteht seit Jahren in weiten Teilen der Landesverwaltung ein struktureller und teils gravierender Personalmangel. Zahlreiche staatliche Aufgaben können bereits heute nur noch unter erheblicher Mehrbelastung des vorhandenen Personals oder mit spürbaren Qualitätseinbußen wahrgenommen werden.

Der aktuelle Fachkräftemangel betrifft ebenso die Privatwirtschaft wie auch die öffentlichen Arbeitgeber. Die Landesregierung meldete zuletzt zum 1. Januar 2026 die beachtliche Zahl von 14.938,91 unbesetzten Planstellen für Beamte sowie von 4.244,52 unbesetzten Stellen für Tarifbeschäftigte. Dies entspricht Quoten von 5,32 bzw. 8,37 Prozent (LT-DS 18/18067). Die Landesverwaltung liegt mit diesen Anteilen auch deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt.[1] Dieser hohe Bestand unbesetzter Stellen scheint sich ferner zunehmend zu verfestigen. Das wirft grundlegende Fragen nach der Personalplanung, Prioritätensetzung sowie der Steuerungskompetenz der Landesregierung auf.

Doch statt ihren Beschäftigten in dieser engen Personalsituation den Rücken zu stärken, sendete die Landesregierung mit ihrem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG, siehe LT-DS 18/18169) ein Signal des Misstrauens und des Generalverdachts gegenüber den Beamtinnen und Beamten des Landes. Das mittlerweile verabschiedete Gesetz sieht insbesondere ein Diskriminierungsverbot für öffentliche Stellen des Landes, Ansprüche auf Schadensersatz und finanzielle Entschädigung, eine Beweislastregelung mit faktischer Beweislastumkehr in etlichen Fällen, weitgehende Beteiligungsrechte auch für umstrittene Verbände sowie weitere Regelungsbürokratie zur Förderung einer diskriminierungsfreien Verwaltungskultur vor.

[1] Eurostat: Quote der offenen Stellen im Euroraum bei 2,1%, 16.12.2025, abgerufen unter: https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-euro-indicators/w/3-16122025-bp (letzter Zugriff 27.07.2026)

Datum des Originals: 28.08.2026/Ausgegeben: 16.09.2026

Klar ist: Jeder Bürger hat das Recht auf eine diskriminierungsfrei arbeitende Verwaltung, die unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter, sexueller Orientierung oder körperlicher Beeinträchtigung ihres Gegenübers sachgerechte Entscheidungen trifft. Doch das von der Landesregierung vorgelegte und am 16. Juli 2026 in dritter Lesung mit schwarz-rot-grüner Mehrheit vom Landtag verabschiedete LADG (PlBPr 18/128) ist nicht nur handwerklich verfehlt, sondern auch komplett überflüssig und schädlich für die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung.

Das Gesetzesvorhaben begründete die Landesregierung offiziell mit einer rechtlichen Schutzlücke für Bürger, die Diskriminierung durch öffentliche Stellen erleiden. Eine solche vermeintliche Schutzlücke existiert jedoch gar nicht. Der Gleichbehandlungsgrundsatz von Artikel 3 Grundgesetz gilt unmittelbar für die öffentliche Gewalt. Diskriminierendes staatliches Handeln ist rechtswidriges staatliches Handeln. Renommierte Juristen bestätigten dies im Rahmen der Sachverständigenanhörung des Integrationsausschusses und des Haushalts- und Finanzausschusses vom 5. Mai 2026 explizit (APr 18/1217).

Zurecht warnten Beamtenverbände und Gewerkschaften vor den praktischen Folgen des Gesetzes für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Besonders hervorzuheben ist die Kritik an der Beweislastregelung. Sobald Tatsachen vorgetragen werden, die eine Diskriminierung überwiegend wahrscheinlich erscheinen lassen, muss die öffentliche Stelle nachweisen, dass kein Verstoß vorgelegen hat. Damit bleibt es trotz der Änderungen von CDU und Grünen in zahlreichen Fallkonstellationen bei einer faktischen Beweislastumkehr zulasten des Landes und seiner Beschäftigten. Gerade bei Vorwürfen, die sich auf vermeintliche innere Motive, Einstellungen oder Geisteshaltungen beziehen, ist ein solcher Gegenbeweis praktisch kaum rechtssicher zu führen. Verschärft wird diese Problematik durch die einjährige Verjährungsfrist: Beschäftigte können noch viele Monate nach einem Vorgang mit Vorwürfen konfrontiert werden und müssten sich daher durch eine vorsorglich immer umfangreichere Dokumentation absichern.

Die Folgen treffen insbesondere jene Bereiche, in denen Beschäftigte täglich schwierige Ermessensentscheidungen treffen und Gefahrenlagen einschätzen müssen. Polizeibeamte, Lehrkräfte, Bedienstete im Justizvollzug und Beschäftigte der Eingriffs- und Ermessensverwaltung müssen künftig damit rechnen, dass Kontrollen, Benotungen, pädagogische Entscheidungen oder sicherheitsrelevante Maßnahmen zusätzliche Rechtfertigungs- und Dokumentationsverfahren nach sich ziehen. Dies begünstigt eine ängstlich agierende Verwaltung: Entscheidungen werden dadurch verzögert, konfliktträchtige Maßnahmen möglichst vermieden und wertvolle personelle Ressourcen in Dokumentation statt in die eigentliche Aufgabenerfüllung gelenkt.

Der Deutsche Beamtenbund Nordrhein-Westfalen (DBB) warnt deshalb zu Recht vor einer strukturellen Schieflage, einer Misstrauenskultur und einer zusätzlichen Darlegungs- und Dokumentationspflichten für die Landesbeschäftigten. Das LADG stellt diejenigen unter latenten Generalverdacht, die den Staat unter ohnehin oft schwierigen personellen Bedingungen täglich handlungsfähig halten sollen. Anstatt ihnen Rückhalt und Vertrauen zu vermitteln, erhöht das Land die Rechtsunsicherheit, Prozessrisiken und Arbeitsbelastung. Das Gesetz macht daher nicht nur staatliches Handeln ineffizienter, sondern dürfte zugleich der Attraktivität des Landes als Arbeitgeber für vorhandene und potentielle Beschäftigte schaden.

Der Minister der Finanzen hat die Kleine Anfrage 8475 mit Schreiben vom 28. August 2026 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten sowie allen übrigen Mitgliedern der Landesregierung beantwortet.

Vorbemerkung der Landesregierung

Die Beantwortung der Fragen 2 bis 5 beschränkt sich auf den Bereich der Ministerien. Der jeweils nachgeordnete Bereich ist nicht Gegenstand der Antwort, da die Erhebung der Daten in der zur Verfügung stehenden Zeit mit zumutbarem Aufwand nicht leistbar ist. Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass sich der im Jahr 2026 begonnene 10-prozentige Stellenabbau in der Ministerialverwaltung auf die Bewerber- und Einstellungszahlen auswirkt, da frei werdende Stellen zum Teil nicht nachbesetzt werden können. Dies ist bei der Interpretation der Zahlen zu berücksichtigen.

1. Wie haben sich die unbesetzten Stellen – bitte sowohl die freien Planstellen als auch die freien Stellen für Arbeitnehmer in relativen und absoluten Zahlen jeweils aufgeteilt nach Haushaltskapiteln zu beiden Stichtagen ausweisen – zum Stichtag 1. Juli 2026 im Vergleich zum Stichtag 1. April 2026 entwickelt?

Die Stellenbesetzung in der Landesverwaltung zum Stichtag 1. Juli 2026 im Vergleich zum Stichtag 1. April 2026, differenziert nach Planstellen und Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ist aus der beigefügten Anlage 1 ersichtlich.

2. Jeweils wie viele Neuzugänge von Beamten sowie Arbeitnehmern hat es – bitte unter Angabe der jährlichen Vergleichszahlen seit dem Jahr 2022 für dieselben Zeiträume – seit Jahresbeginn im ersten Quartal, aufgeschlüsselt nach den einzelnen Ressorts, gegeben? (Fortschreibung analog zu LT-DS 18/11925, Antwort auf Frage 2, erbeten)

Die nach den einzelnen Ressorts aufgeschlüsselten Neuzugänge von Beamtinnen und Beamten sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im jeweils ersten Quartal der Jahre 2022 bis 2026 sind der Anlage 2 zu entnehmen.

3. Wie hoch ist jeweils die Fallzahl der Abgänge von Beamten sowie von Arbeitnehmern, welche die Landesverwaltung jeweils einzeln – bitte unter Angabe der jährlichen Vergleichszahlen seit dem Jahr 2022 für dieselben Zeiträume – im zweiten Quartal 2026, aufgeschlüsselt nach den einzelnen Ressorts, verzeichnen musste? (Darstellung analog zu LT-DS 18/11925, Antwort auf Frage 3, erbeten)

In der Anlage 3 sind die nach den einzelnen Ressorts aufgeschlüsselten Abgänge von Beamtinnen und Beamten sowie von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, welche die Ministerialverwaltung im jeweils zweiten Quartal seit 2022 verzeichnen musste, dargestellt.

4. In jeweils wie vielen Fällen wurden im zweiten Quartal 2026, aufgeschlüsselt nach den einzelnen Ressorts sowie Anlass und Dauer der Anstellung, außerplanmäßige Aushilfs- und Unterstützungskräfte eingestellt? (Darstellung analog zu LT-DS 18/11925, Antwort auf Frage 4, erbeten)

Die im zweiten Quartal des Jahres 2026 außerplanmäßig eingestellten Aushilfs- und Unterstützungskräfte sind, aufgeschlüsselt nach den einzelnen Ressorts, unter Angabe von Anlass und Dauer der Anstellung in der Anlage 4 abgebildet.

5. Wie gestaltete sich im zweiten Quartal 2026 – bitte unter Angabe der jährlichen Vergleichszahlen seit dem Jahr 2022 für dieselben Zeiträume und aufgeschlüsselt nach den einzelnen Ressorts – die Gesamtzahl an eingegangenen Bewerbungen für Stellen im öffentlichen Dienst des Landes?

Die Angaben zu den im zweiten Quartal des Jahres 2026 eingegangenen Bewerbungen für Stellen in der Ministerialverwaltung des Landes können der Anlage 5 entnommen werden.
Ein Vergleich mit den Jahren 2022 bis 2025 ist nicht möglich, da eine strukturelle Erhebung der Daten nicht erfolgt und nach Besetzung der ausgeschriebenen Stelle die Bewerbungsunterlagen aus datenschutzrechtlichen Gründen vernichtet werden.

Entwicklung der Stellenzahlen im Landeshaushalt

Planstellen

- Vergleich 01.07.2026 und 01.04.2026 -

Epl. / Kap.	Planstellen Soll 2026	Istbesetzung zum 01.04.2026	unbesetzte Stellen absolut	unbesetzte Stellen in v.H.	Istbesetzung zum 01.07.2026	unbesetzte Stellen absolut	unbesetzte Stellen in v.H.
02 010	278	248,01	29,99	10,79%	251,18	26,82	9,65%
Summe 02	**278**	**248,01**	**29,99**	**10,79%**	**251,18**	**26,82**	**9,65%**
03 010	1.042	852,00	190,00	18,23%	858,00	184,00	17,66%
03 110	44.374	41.019,84	3.354,16	7,56%	40.752,06	3.621,94	8,16%
03 130	34	31,92	2,08	6,12%	32,92	1,08	3,18%
03 310	5.952	5.182,55	769,45	12,93%	5.094,22	857,78	14,41%
03 320	27	25,66	1,34	4,96%	24,34	2,66	9,85%
03 350	480	442,90	37,10	7,73%	442,02	37,98	7,91%
03 750	141	132,62	8,38	5,94%	130,67	10,33	7,33%
Summe 03	**52.050**	**47.687,49**	**4.362,51**	**8,38%**	**47.334,23**	**4.715,77**	**9,06%**
04 010	268	249,48	18,52	6,91%	244,53	23,47	8,76%
04 210	13.021	12.364,25	656,75	5,04%	12.285,74	735,26	5,65%
04 215	3.634	3.342,16	291,84	8,03%	3.351,35	282,65	7,78%
04 220	685	652,60	32,40	4,73%	652,65	32,35	4,72%
04 230	212	194,39	17,61	8,31%	196,73	15,27	7,20%
04 240	356	323,46	32,54	9,14%	325,86	30,14	8,47%
04 250	484	459,56	24,44	5,05%	465,73	18,27	3,77%
04 410	8.849	8.155,17	693,83	7,84%	8.146,22	702,78	7,94%
04 510	126	117,65	8,35	6,63%	118,93	7,07	5,61%
Summe 04	**27.635**	**25.858,72**	**1.776,28**	**6,43%**	**25.787,74**	**1.847,26**	**6,68%**
05 010	270	252,11	17,89	6,63%	246,66	23,34	8,64%
05 074	28	23,79	4,21	15,04%	24,75	3,25	11,61%
05 075	133	126,00	7,00	5,26%	119,88	13,12	9,86%
05 077	106	104,00	2,00	1,89%	104,00	2,00	1,89%
05 078	175	158,39	16,61	9,49%	158,39	16,61	9,49%
05 080	1	1,00	0,00	0,00%	1,00	0,00	0,00%
05 300	14.963	15.212,70	- 249,70	-1,67%	15.212,70	- 249,70	-1,67%
05 300 TG 60	210	196,49	13,51	6,43%	193,01	16,99	8,09%
05 300 TG 63	377	160,29	216,71	57,48%	183,35	193,65	51,37%
05 300 TG 72	4.780	3.990,90	789,10	16,51%	3.990,90	789,10	16,51%
05 300 TG 74	385	337,10	47,90	12,44%	337,10	47,90	12,44%
05 300 TG 76	380	377,50	2,50	0,66%	377,50	2,50	0,66%
05 300 TG 78	50	50,00	0,00	0,00%	50,00	0,00	0,00%
05 300 TG 95	123	122,60			122,60		
05 310	37.849	34.669,47	3.179,53	8,40%	35.228,08	2.620,92	6,92%
05 320	3.714	3.295,63	418,37	11,26%	3.349,97	364,03	9,80%
05 330	9.857	9.023,62	833,38	8,45%	9.256,79	600,21	6,09%
05 340	28.837	28.296,27	540,73	1,88%	28.476,14	360,86	1,25%
05 350	3.841	3.659,25	181,75	4,73%	3.728,50	112,50	2,93%
05 360	684	743,85	- 59,85	-8,75%	745,88	- 61,88	-9,05%
05 380	23.314	21.409,46	1.904,54	8,17%	21.661,67	1.652,33	7,09%
05 390	22.690	21.967,12	722,88	3,19%	22.121,77	568,23	2,50%
05 410	19.643	19.191,45	451,55	2,30%	19.259,94	383,06	1,95%
Summe 05 [1)]	**172.410**	**163.368,99**	**9.041,01**	**5,24%**	**164.950,58**	**7.459,42**	**4,33%**

Entwicklung der Stellenzahlen im Landeshaushalt

Planstellen

- Vergleich 01.07.2026 und 01.04.2026 -

Epl. / Kap.	Planstellen Soll 2026	Istbesetzung zum 01.04.2026	unbesetzte Stellen		Istbesetzung zum 01.07.2026	unbesetzte Stellen	
			absolut	in v.H.		absolut	in v.H.
06 010 [2)]	262	250,00	12,00	4,58%	250,00	12,00	4,58%
06 040	13	9,00	4,00	30,77%	9,00	4,00	30,77%
06 080	87	79,57	7,43	8,54%	78,45	8,55	9,83%
06 100	16	16,00	0,00	0,00%	16,00	0,00	0,00%
06 520	54	45,75	8,25	15,28%	46,75	7,25	13,43%
06 530	52	52,00	0,00	0,00%	51,00	1,00	1,92%
06 540	89	89,00	0,00	0,00%	89,00	0,00	0,00%
06 550	102	94,00	8,00	7,84%	92,00	10,00	9,80%
06 560	16	16,00	0,00	0,00%	16,00	0,00	0,00%
06 570	48	47,00	1,00	2,08%	47,00	1,00	2,08%
06 580	28	28,00	0,00	0,00%	28,00	0,00	0,00%
06 860	32	32,00	0,00	0,00%	31,00	1,00	3,13%
Summe 06	**799**	**758,32**	**40,68**	**5,09%**	**754,20**	**44,80**	**5,61%**
07 010	313	280,75	32,25	10,30%	286,52	26,48	8,46%
07 040	6	0,50	5,50	91,67%	4,25	1,75	29,17%
07 090	1	1,00	0,00	0,00%	1,00	0,00	0,00%
Summe 07	**320**	**282,25**	**37,75**	**11,80%**	**291,77**	**28,23**	**8,82%**
08 010	335	283,00	52,00	15,52%	290,00	45,00	13,43%
08 800	4	4,00	0,00	0,00%	4,00	0,00	0,00%
08 820	598	489,00	109,00	18,23%	492,00	106,00	17,73%
Summe 08	**937**	**776,00**	**161,00**	**17,18%**	**786,00**	**151,00**	**16,12%**
10 010	409	397,00	12,00	2,93%	402,00	7,00	1,71%
10 150	940	872,60	67,40	7,17%	859,10	80,90	8,61%
10 400	342	311,00	31,00	9,06%	312,00	30,00	8,77%
Summe 10	**1.691**	**1.580,60**	**110,40**	**6,53%**	**1.573,10**	**117,90**	**6,97%**
11 010	426	408,00	18,00	4,23%	405,00	21,00	4,93%
11 200 [3)]	138	99,00	39,00	28,26%	101,00	37,00	26,81%
11 240	29	27,00	2,00	6,90%	28,00	1,00	3,45%
11 280	3	3,00	0,00	0,00%	3,00	0,00	0,00%
Summe 11	**596**	**537,00**	**59,00**	**9,90%**	**537,00**	**59,00**	**9,90%**
12 010	459	452,00	7,00	1,53%	454,00	5,00	1,09%
12 050	20.516	19.239,00	1.277,00	6,22%	19.067,00	1.449,00	7,06%
12 070 [4)]	55	42,00	13,00	23,64%	0,00	55,00	100,00%
12 090	268	259,00	9,00	3,36%	256,00	12,00	4,48%
12 100	639	430,00	209,00	32,71%	456,00	183,00	28,64%
12 200	727	650,00	77,00	10,59%	651,00	76,00	10,45%
12 400	391	351,00	40,00	10,23%	323,00	68,00	17,39%
12 700 [4)]	404	358,00	46,00	11,39%	389,00	15,00	3,71%
Summe 12	**23.459**	**21.781,00**	**1.678,00**	**7,15%**	**21.596,00**	**1.863,00**	**7,94%**
14 010	425	410,00	15,00	3,53%	409,00	16,00	3,76%
14 020	7	6,00	1,00	14,29%	6,00	1,00	14,29%
14 830	108	100,00	8,00	7,41%	98,00	10,00	9,26%

Entwicklung der Stellenzahlen im Landeshaushalt

Planstellen

- Vergleich 01.07.2026 und 01.04.2026 -

Epl. / Kap.	Planstellen Soll 2026	Istbesetzung zum 01.04.2026	unbesetzte Stellen absolut	unbesetzte Stellen in v.H.	Istbesetzung zum 01.07.2026	unbesetzte Stellen absolut	unbesetzte Stellen in v.H.
14 840	177	156,00	21,00	11,86%	151,00	26,00	14,69%
14 850	21	19,00	2,00	9,52%	19,00	2,00	9,52%
Summe 14	**738**	**691,00**	**47,00**	**6,37%**	**683,00**	**55,00**	**7,45%**
15 010	179	165,00	14,00	7,82%	166,00	13,00	7,26%
15 200	526	509,00	17,00	3,23%	507,00	19,00	3,61%
15 400	40	36,00	4,00	10,00%	36,00	4,00	10,00%
15 500	199	172,00	27,00	13,57%	174,00	25,00	12,56%
Summe 15	**944**	**882,00**	**62,00**	**6,57%**	**883,00**	**61,00**	**6,46%**
Gesamtsumme	**281.857**	**264.451,38**	**17.405,62**	**6,18%**	**265.427,80**	**16.429,20**	**5,83%**

Soll lt. HHG 2026

1) Die Stellen-Ist-Besetzung einzelner Kapitel des Einzelplans 05 liegt teilweise über dem Soll. Es besteht jedoch im Schulbereich die Besonderheit des Flexibilisierungsvermerks, demzufolge eine Stellenverschiebung je nach Schülerzahlen unter den versch. Schulformen möglich ist. Insgesamt wird jedoch das Stellensoll mit der Ist-Besetzung im Einzelplan 05 nicht überschritten.

2) Verändertes Stellensoll aufgrund des Übergangs der Landeszentrale für politische Bildung aus dem Epl. 06 (Kapitel 06 010) in den Epl. 01 (Kapitel 01 010 und 01 070) - Umsetzung im HH-Vollzug 2026 gemäß § 50 Abs. 1 LHO (Gesetz zur Stärkung der Unabhängigkeit und Überparteilichkeit der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen vom 25.11.2025).

3) Das Stellensoll berücksichtigt die Umsetzung von Planstellen nach Inkrafttreten des Gesetzes über die Errichtung des Landesamtes für Gesundheit und Arbeitsschutz Nordrhein-Westfalen (LfGA NRW) sowie zur Novellierung landesrechtlicher Vorschriften über den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) und den Arbeitsschutz. Mit dem Gesetz wurden das Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen (LZG - ehemals Kapitel 11 260) und das Landesinstitut für Arbeitsschutz und Arbeitsgestaltung Nordrhein-Westfalen (LIA - ehemals Kapitel 11 035) zu einer neuen Landesoberbehörde fusioniert. Die freien Stellen werden nach abgeschlossener Zusammenlegung von LZG und LIA sukzessive besetzt.

4) Gemäß Organisationserlass des Ministeriums der Finanzen wurde die Bauabteilung der Oberfinanzdirektion NRW („OFD Bau“) zum 01.07.2026 in den BLB NRW integriert. Die Planstellen wurden innerhalb des Einzelplans 12 umgesetzt.

Entwicklung der Stellenzahlen im Landeshaushalt
Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
- Vergleich 01.07.2026 und 01.04.2026 -

Epl. / Kap.	Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Soll 2026	Istbesetzung zum 01.04.2026	unbesetzte Stellen		Istbesetzung zum 01.07.2026	unbesetzte Stellen	
			absolut	in v.H.		absolut	in v.H.
02 010	269	250,43	18,57	6,90%	250,01	18,99	7,06%
Summe 02	**269**	**250,43**	**18,57**	**6,90%**	**250,01**	**18,99**	**7,06%**
03 010	366	233,00	133,00	36,34%	232,00	134,00	36,61%
03 110	9.851	9.017,89	833,11	8,46%	9.045,39	805,61	8,18%
03 130	100	93,26	6,74	6,74%	94,76	5,24	5,24%
03 310	3.595	3.235,21	359,79	10,01%	3.220,78	374,22	10,41%
03 320	51	40,68	10,32	20,24%	47,18	3,82	7,49%
03 350	190	172,41	17,59	9,26%	173,54	16,46	8,66%
03 750	59	51,66	7,34	12,44%	54,67	4,33	7,34%
Summe 03	**14.212**	**12.844,11**	**1.367,89**	**9,62%**	**12.868,32**	**1.343,68**	**9,45%**
04 010	54	51,28	2,72	5,04%	51,58	2,42	4,48%
04 210	4.941	4.781,30	159,70	3,23%	4.774,81	166,19	3,36%
04 215	1.279	1.222,09	56,91	4,45%	1.226,68	52,32	4,09%
04 220	375	361,50	13,50	3,60%	362,27	12,73	3,39%
04 230	73	59,89	13,11	17,96%	60,09	12,91	17,68%
04 240	314	281,77	32,23	10,26%	282,65	31,35	9,98%
04 250	423	413,08	9,92	2,35%	407,58	15,42	3,65%
04 410	724	671,39	52,61	7,27%	674,56	49,44	6,83%
04 510	87	81,59	5,41	6,22%	82,17	4,83	5,55%
Summe 04	**8.270**	**7.923,89**	**346,11**	**4,19%**	**7.922,39**	**347,61**	**4,20%**
05 010	73	67,35	5,65	7,74%	67,71	5,29	7,25%
05 074	59	53,87	5,13	8,69%	55,26	3,74	6,34%
05 075	99	93,66	5,34	5,39%	92,39	6,61	6,68%
05 077	40	38,00	2,00	5,00%	37,50	2,50	6,25%
05 080	7	7,00	0,00	0,00%	7,00	0,00	0,00%
05 300	1	0,00	1,00	100,00%	0,00	1,00	100,00%
05 300 TG 60	79	78,00	1,00	1,27%	77,50	1,50	1,90%
05 300 TG 63	325	308,04	16,96	5,22%	303,81	21,19	6,52%
05 300 TG 95	923	689,12	233,88	25,34%	724,33	198,67	21,52%
05 310	4.495	4.495,00	0,00	0,00%	4.495,00	0,00	0,00%
05 330	3	3,00	0,00	0,00%	3,00	0,00	0,00%
05 350	137	137,00	0,00	0,00%	137,00	0,00	0,00%
05 380	410	410,00	0,00	0,00%	410,00	0,00	0,00%
05 390	2.610	1.587,57	1.022,43	39,17%	1.611,00	999,00	38,28%
05 410	15	15,00	0,00	0,00%	15,00	0,00	0,00%
05 450	34	28,98	5,02	14,76%	28,98	5,02	14,76%
Summe 05 [1)]	**9.310**	**8.011,59**	**1.298,41**	**13,95%**	**8.065,48**	**1.244,52**	**13,37%**
06 010 [2)]	113	104,00	9,00	7,96%	101,00	12,00	10,62%
06 080	108	93,03	14,97	13,86%	95,00	13,00	12,04%
06 520	55	47,71	7,29	13,25%	51,99	3,01	5,47%

Entwicklung der Stellenzahlen im Landeshaushalt
Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

- Vergleich 01.07.2026 und 01.04.2026 -

Epl. / Kap.	Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Soll 2026	Istbesetzung zum 01.04.2026	unbesetzte Stellen		Istbesetzung zum 01.07.2026	unbesetzte Stellen	
			absolut	in v.H.		absolut	in v.H.
06 530	95	95,00	0,00	0,00%	95,00	0,00	0,00%
06 540	156	156,00	0,00	0,00%	156,00	0,00	0,00%
06 550	212	195,35	16,65	7,85%	201,15	10,85	5,12%
06 560	38	38,00	0,00	0,00%	38,00	0,00	0,00%
06 570	64	64,00	0,00	0,00%	64,00	0,00	0,00%
06 580	96	96,00	0,00	0,00%	96,00	0,00	0,00%
06 860	39	38,00	1,00	2,56%	38,00	1,00	2,56%
Summe 06	**976**	**927,09**	**48,91**	**5,01%**	**936,14**	**39,86**	**4,08%**
07 010	109	105,61	3,39	3,11%	108,76	0,24	0,22%
Summe 07	**109**	**105,61**	**3,39**	**3,11%**	**108,76**	**0,24**	**0,22%**
08 010	142	133,00	9,00	6,34%	132,00	10,00	7,04%
08 500	1	1,00	0,00	0,00%	1,00	0,00	0,00%
08 800	49	42,00	7,00	14,29%	42,00	7,00	14,29%
08 820	2.977	2.918,00	59,00	1,98%	2.930,00	47,00	1,58%
Summe 08	**3.169**	**3.094,00**	**75,00**	**2,37%**	**3.105,00**	**64,00**	**2,02%**
10 010	176	170,00	6,00	3,41%	171,00	5,00	2,84%
10 011	19	16,00	3,00	15,79%	16,00	3,00	15,79%
10 111	7	7,00	0,00	0,00%	7,00	0,00	0,00%
10 150	3.297	3.077,30	219,70	6,66%	3.089,00	208,00	6,31%
10 400	855	802,00	53,00	6,20%	802,00	53,00	6,20%
Summe 10	**4.354**	**4.072,30**	**281,70**	**6,47%**	**4.085,00**	**269,00**	**6,18%**
11 010	286	267,00	19,00	6,64%	264,00	22,00	7,69%
11 010 TG 80	277	240,00	37,00	13,36%	238,00	39,00	14,08%
11 200 [3)]	187	150,00	37,00	19,79%	146,00	41,00	21,93%
11 240	8	8,00	0,00	0,00%	8,00	0,00	0,00%
11 280	13	13,00	0,00	0,00%	11,00	2,00	15,38%
Summe 11	**771**	**678,00**	**93,00**	**12,06%**	**667,00**	**104,00**	**13,49%**
12 010	95	95,00	0,00	0,00%	95,00	0,00	0,00%
12 050	3.809	3.304,00	505,00	13,26%	3.267,00	542,00	14,23%
12 070 [4)]	73	63,00	10,00	13,70%	0,00	73,00	100,00%
12 090	143	139,00	4,00	2,80%	140,00	3,00	2,10%
12 100	558	547,00	11,00	1,97%	554,00	4,00	0,72%
12 200	333	331,00	2,00	0,60%	332,00	1,00	0,30%
12 400	418	374,00	44,00	10,53%	415,00	3,00	0,72%
12 640	8	6,00	2,00	25,00%	6,00	2,00	25,00%
12 700 [4)]	2.638	2.523,00	115,00	4,36%	2.631,00	7,00	0,27%
Summe 12	**8.075**	**7.382,00**	**693,00**	**8,58%**	**7.440,00**	**635,00**	**7,86%**
14 010	149	144,00	5,00	3,36%	141,00	8,00	5,37%
14 830	83	79,00	4,00	4,82%	78,00	5,00	6,02%
14 840	137	108,00	29,00	21,17%	110,00	27,00	19,71%
14 850	228	228,00	0,00	0,00%	225,00	3,00	1,32%
Summe 14	**597**	**559,00**	**38,00**	**6,37%**	**554,00**	**43,00**	**7,20%**

Entwicklung der Stellenzahlen im Landeshaushalt
Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

- Vergleich 01.07.2026 und 01.04.2026 -

Epl. / Kap.	Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Soll 2026	Istbesetzung zum 01.04.2026	unbesetzte Stellen		Istbesetzung zum 01.07.2026	unbesetzte Stellen	
			absolut	in v.H.		absolut	in v.H.
15 010	110	103,00	7,00	6,36%	105,00	5,00	4,55%
15 200	462	444,00	18,00	3,90%	442,00	20,00	4,33%
15 300	63	48,00	15,00	23,81%	44,00	19,00	30,16%
15 400	31	26,00	5,00	16,13%	25,00	6,00	19,35%
15 500	167	153,28	13,72	8,22%	156,30	10,70	6,41%
Summe 15	**833**	**774,28**	**58,72**	**7,05%**	**772,30**	**60,70**	**7,29%**
Gesamtsumme	**50.945**	**46.622,30**	**4.322,70**	**8,49%**	**46.774,40**	**4.170,60**	**8,19%**

Soll lt. HHG 2026

1) Die Stellen-Ist-Besetzung einzelner Kapitel des Einzelplans 05 liegt teilweise über dem Soll. Es besteht jedoch im Schulbereich die Besonderheit des Flexibilisierungsvermerks, demzufolge eine Stellenverschiebung je nach Schülerzahlen unter den versch. Schulformen möglich ist. Insgesamt wird jedoch das Stellensoll mit der Ist-Besetzung im Einzelplan 05 nicht überschritten.

2) Verändertes Stellensoll aufgrund des Übergangs der Landeszentrale für politische Bildung aus dem Epl. 06 (Kapitel 06 010) in den Epl. 01 (Kapitel 01 010 und 01 070) - Umsetzung im HH-Vollzug 2026 gemäß § 50 Abs. 1 LHO (Grund: Gesetz zur Stärkung der Unabhängigkeit und Überparteilichkeit der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen vom 25.11.2025).

3) Das Stellensoll berücksichtigt die Umsetzung von Planstellen nach Inkrafttreten des Gesetzes über die Errichtung des Landesamtes für Gesundheit und Arbeitsschutz Nordrhein-Westfalen (LfGA NRW) sowie zur Novellierung landesrechtlicher Vorschriften über den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) und den Arbeitsschutz. Mit dem Gesetz wurden das Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen (LZG - ehemals Kapitel 11 260) und das Landesinstitut für Arbeitsschutz und Arbeitsgestaltung Nordrhein-Westfalen (LIA - ehemals Kapitel 11 035) zu einer neuen Landesoberbehörde fusioniert. Die freien Stellen werden nach abgeschlossener Zusammenlegung von LZG und LIA sukzessive besetzt.

4) Gemäß Organisationserlass des Ministeriums der Finanzen wurde die Bauabteilung der Oberfinanzdirektion NRW („OFD Bau“) zum 01.07.2026 in den BLB NRW integriert. Die Stellen wurden innerhalb des Einzelplans 12 umgesetzt.

Anlage 2 *zu Frage 2* Neuzugänge von Beamtinnen und Beamten sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Ministerien im jeweils ersten Quartal (Anzahl in Vollzeitäquivalenten)					
	2022	2023	2024	2025	2026
Staatskanzlei [1)]	10,00	11,00	14,00	16,00	6,00
Ministerium des Innern	22,00	10,00	9,81	8,00	7,00
Ministerium der Justiz	0,00	2,00	2,75	3,00	0,00
Ministerium für Schule und Bildung	1,00	3,00	4,00	2,00	2,00
Ministerium für Kultur und Wissenschaft	8,50	10,00	8,75	13,45	2,00
Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration	5,50	6,00	7,76	4,00	1,80
Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung	8,23	5,49	8,00	5,00	5,00
Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr [2)]	17,00	8,00	9,00	8,00	8,00
Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales	15,50	8,00	17,00	6,00	12,15
Ministerium der Finanzen	1,00	3,00	1,00	1,00	1,90
Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie	12,00	6,00	13,00	5,00	2,00
Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz [3)]	6,23	8,00	5,88	1,60	1,00
Gesamtsumme	**106,96**	**80,49**	**100,95**	**73,05**	**48,85**

Anmerkung: Abordnungen, Versetzungen, Beurlaubungen und Hospitationen zu oder von anderen Ressorts sind nicht berücksichtigt. Neuzugänge können jedoch unter Umständen vorübergehend auf den (Plan-)Stellen der beurlaubten Personen geführt werden.

1) Anzahl in Köpfen statt in Vollzeitäquivalenten

2) Die Zahlen für 2022 beziehen sich auf das ehemalige Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz. Nach Neubildung der Landesregierung 2022 ist das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Rechtsnachfolger des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz.

3) Die Zahlen für 2022 beziehen sich auf das ehemalige Ministerium für Verkehr. Nach Neubildung der Landesregierung 2022 ist das Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz Rechtsnachfolger des Ministeriums für Verkehr.

Anlage 3 *zu Frage 3*
Abgänge von Beamtinnen und Beamten sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Ministerien im jeweils zweiten Quartal
(Anzahl in Vollzeitäquivalenten)

	2022	2023	2024	2025	2026
Staatskanzlei [1)]	8,00	14,00	9,00	8,00	7,00
Ministerium des Innern	4,00	4,00	15,00	9,00	5,00
Ministerium der Justiz	4,00	2,00	4,30	3,50	1,50
Ministerium für Schule und Bildung	3,00	3,00	5,00	4,00	5,00
Ministerium für Kultur und Wissenschaft	6,00	6,90	4,00	4,48	2,65
Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration	4,53	3,70	2,25	5,00	1,00
Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung	6,00	1,75	6,70	3,54	2,94
Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr [2)]	4,00	4,00	3,00	3,00	4,00
Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales	8,70	7,00	11,75	14,00	5,00
Ministerium der Finanzen	1,00	3,00	0,00	1,00	1,00
Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie	7,00	9,00	4,00	6,00	4,00
Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz [3)]	4,42	2,80	5,73	1,00	2,00
Gesamtsumme	**60,65**	**61,15**	**70,73**	**62,52**	**41,09**

Anmerkung: Abordnungen, Versetzungen, Beurlaubungen und Hospitationen zu oder von anderen Ressorts sind nicht berücksichtigt.

1) Anzahl in Köpfen statt in Vollzeitäquivalenten

2) Die Zahlen für 2022 beziehen sich auf das ehemalige Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz. Nach Neubildung der Landesregierung 2022 ist das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Rechtsnachfolger des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz.

3) Die Zahlen für 2022 beziehen sich auf das ehemalige Ministerium für Verkehr. Nach Neubildung der Landesregierung 2022 ist das Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz Rechtsnachfolger des Ministeriums für Verkehr.

Anlage 4 *zu Frage 4*
Angaben zum Anlass und zur Dauer der Einstellung von außerplanmäßigen Aushilfs- und Unterstützungskräften in den Ministerien im zweiten Quartal 2026

	Anzahl	Anlass	Dauer der Anstellung in Monaten
Staatskanzlei	1,00	Stud. Hilfskraft, Unterstützung NRW-Fest in Landesvertretung Berlin	1,23
Ministerium des Innern	0,00		
Ministerium der Justiz	0,00		
Ministerium für Schule und Bildung	1,00	Elternzeitvertretung	10,50
Ministerium für Kultur und Wissenschaft	0,00		
Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration	0,00		
Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung	1,00	Elternzeitvertretung	13,00
Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr	5,00	studentische Hilfskraft, Elternzeitvertretung, Projektbefristung	1x 6 Monate 1x 19 Monate 2x 24 Monate 1x 31 Monate
Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales	0,00		
Ministerium der Finanzen	1,00	Elternzeitvertretung	20,00
Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie	0,00		
Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz	0,00		
Summe	**9,00**		**148,73**

Anlage 5 *zu Frage 5* **Angaben zu eingegangenen Bewerbungen für Stellen im öffentlichen Dienst des Landes in den Ministerien im zweiten Quartal 2026**	
Staatskanzlei	460,00
Ministerium des Innern	335,00
Ministerium der Justiz	0,00
Ministerium für Schule und Bildung	12,00
Ministerium für Kultur und Wissenschaft	165,00
Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration	384,00
Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung	418,00
Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr	140,00
Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales	299,00
Ministerium der Finanzen	15,00
Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie	16,00
Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz	41,00
Summe	**2.285,00**